

Erscheinungsdatum: 31.08.2011, Ausgabe: Gross-Gerauer Echo, Ressort: Stadt und Kreis Groß-Gerau, Verfasser: Schlagau, Cornelia

Sauer: Wir sind bereits im Einzelnen dran

Verkehr – SPD zieht Antrag für verkehrsberuhigende Maßnahmen vorläufig zurück und kündigt veränderte Forderung an

GROSS-GERAU. Ihren Wunsch, für die Ortsdurchfahrt Wallerstädten ein generelles Durchfahrtsverbot für den Schwerlastverkehr oder ersatzweise zumindest von 22 bis sieben Uhr ein nächtliches Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (LKW) zu erwirken, eine Verkehrszählung zu machen und die Anordnung von Tempo 30 zu prüfen, zog die SPD-Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss zurück. Dies wohl vor allem, weil CDU, Grüne und Kommunale Bürgerinteressengemeinschaft (Kombi) Handeln zwar für notwendig erachteten, dieses aber nach den ausführlichen Erläuterungen von Bürgermeister Stefan Sauer (CDU) schon eingeleitet sahen. Aller Voraussicht nach werde seine Fraktion in naher Zukunft einen veränderten Antrag zum Thema einbringen, kündigte Jürgen Martin (SPD) an.

„Wir sind im Einzelnen bereits dran an den geforderten Maßnahmen“, hatte Stefan Sauer dem Ausschuss zuvor erklärt. Die Verkehrsbelastung Wallerstädten lasse sich aus der im September 2010 erfolgten Zählung eines Fachbüros ableiten. Ermittelt worden sei für die Ortsdurchfahrt ein Verkehrsaufkommen von 7800 Fahrzeugen täglich, darunter 375 LKW. Diesen Zahlen zuzuschlagen sei der innerörtliche Verkehr.

Im Gespräch befindet sich die Groß-Gerauer Stadtverwaltung laut Sauer mit übergeordneten Behörden, mit denen erörtert werde, wie ein LKW-Durchfahrtsverbot zu erreichen beziehungsweise anderswo zu verhindern sei. „Das für Trebur bereits öffentlich angekündigte Durchfahrtsverbot für den Schwerlastverkehr wird es jedenfalls nicht geben. Darüber sind wir uns mit dem Darmstädter Regierungspräsidium (RP), dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) sowie Treburs Bürgermeister Jürgen Arnold einig geworden“, verkündete Sauer ein wichtiges Gesprächsergebnis (das ECHO berichtete), ehe er betonte, dass „Kirchturmdenken“ beim Verkehr eben nicht der richtige Weg sei.

Die Erweiterung der Biogasanlage in Wallerstädten sei bisher nicht forciert vorangetrieben worden, weil er als Bürgermeister im Aufsichtsrat der GGV sitze und dort unmissverständlich klar gemacht habe, dass es zunächst notwendig sei, die negativen Auswirkungen der bestehenden Betriebsanlage in den Griff zu bekommen, fuhr Sauer fort. Die Auflage von Tempo 30 für Anlieferer sei ein richtungsweisender Schritt gewesen, auch wenn inzwischen klar sei, dass diese Vorgabe bisweilen nicht eingehalten werde.

Überdies gebe es eine Vereinbarung mit dem ASV, dass sich die Stadt – wenn der Zeitpunkt zur Sanierung der Ortsdurchfahrt gekommen ist – unter anderem mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen und der Radwegeplanung an dem Vorhaben beteilige und dies auch im kommenden Haushaltsplan abbilde, so Sauer. Dargestellt werde die aktuelle Sachlage bei einer Bürgerversammlung, die für den 13. Oktober (Donnerstag) in Wallerstädten vorgesehen ist.

Matthias Schimpf (Grüne) regte im Fachausschuss erneut an, Verkehrszählgeräte anzuschaffen. Dies

sei eine kostengünstige und zugleich fortwährend Daten liefernde Möglichkeit zur Ermittlung von Verkehrszahlen, so der Grünen-Fraktionsvorsitzende.

Im Grunde sei man sich im Stadtparlament doch einig, dass es in den Stadtteilen Berkach, Dornheim und Wallerstädten zu viel Verkehr gebe. In Berkach sei dies kaum abstellbar, so Schimpf. In Dornheim, wo sich Bürger und Politik seit Jahrzehnten um Entlastung bemühen, habe man für die Bundesstraße 44 nur mit Ausnahmegenehmigung durch das RP eine Tempo-30-Regelung erreichen können. Und im Zuge der Grundsanierung der Ortsdurchfahrt Wallerstädten gelte es nun mit dem ASV sicherzustellen, dass eine Verringerung der Lärmbelastung eintritt. Ob für die Landesstraße zudem eine Tempo-30-Zone denkbar ist, sei von ASV und RP erst nach dem Straßenumbau zu betrachten, erklärte Matthias Schimpf. *nel*